



## Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. März 2026, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 11 der Tagesordnung: Vorzeitige Verlängerung der Laufzeit des Erbbaurechts an dem städtischen Grundstück Nr. 1551 mit 1.772 m<sup>2</sup> Gebäude- und Freifläche, Kreuzstraße 13a**

Vorlage: 2025/1249

**Punkt 11.1 der Tagesordnung: Vorzeitige Verlängerung der Laufzeit des Erbbaurechts an dem städtischen Grundstück Nr. 1551 mit 1.772 m<sup>2</sup> Gebäude- und Freifläche, Kreuzstraße 13a: Stellplätze für Anwohnerparken und Carsharing**

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2025/1249/1

## Beschluss:

### Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: einstimmige Zustimmung (44 Ja)

Änderungsantrag GRÜNE: mehrheitliche Ablehnung (15 Ja, 29 Nein)

**Der Vorsitzende** setzt um 18:05 Uhr die unterbrochene Sitzung fort und ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Wir erkennen grundsätzlich an, dass es sinnvoll ist, eine vorzeitige Verlängerung des Erbbaurechts dort vorzunehmen, um dieser dann doch etwas schwierigen Eigentümerkonstellation eine Planungssicherheit für die weiteren Vorhaben dort zu geben. Dennoch ist uns bei jeder Verlängerung eines Erbbaurechts immer enorm wichtig, den starken Hebel, den wir in der Hand haben, für städtisch relevante Entwicklungen zu nutzen. Wir erkennen auch an, dass die Verwaltung bereits vor hat, ein Viertel der über 300 Stellplätze in diesem Parkhaus für das Bewohnerparken zur Verfügung zu stellen. Das wird sicherlich stark auf die Bedürfnisse der Anwohnenden dort eingehen, weil es in der Innenstadt natürlich nicht besonders leicht ist, einen Parkplatz im öffentlichen Raum zu finden.

Genauso ist es unser gemeinsames politisches, städtisches Ziel, beispielsweise niedergeschrieben in einem Programm für den öffentlichen Raum und die Mobilität in der Innenstadt, dass wir das oberirdische Parken im öffentlichen Raum sukzessive reduzieren und die

Flächen zum Verweilen für den Fußverkehr, für Begrünung, für Entsiegelungsmaßnahmen zu nutzen. Und genau dieses Ziel wollen wir mit unserem Änderungsantrag verstärken, eine doch deutlich größere Anzahl an Parkplätzen in diesem Parkhaus dann für das Bewohnerparken oder auch für Carsharing zur Verfügung stellen. Das sind alles Maßnahmen, die die Suche und die Sicherheit, einen Parkplatz zu finden oder immer einen Pkw zur Verfügung zu haben über Carsharing, insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt Ost, Kreuzstraße, Markgrafenstraße, Lidellplatz, was da so drumherum ist. Es ist eine deutliche Erleichterung für die Bewohnerinnen und Bewohner dort, und daher dieser Änderungsantrag, um diesen einen Zeitpunkt zu nutzen, in dem wir auf jeden Fall das Heft des Handelns in der Zeit haben. Daher der Änderungsantrag für mehr Bewohnerparken und mehr Carsharing in der Innenstadt.

**Stadträtin Schütz (CDU):** Wir stimmen der Verlängerung des Erbpachtvertrages zu. Zu dem Ergänzungsantrag von den Grünen: Den lehnen wir ab, weil schon in der Begründung eindeutig drinsteht, dass der Erbbauberechtigte bereits heute schon verpflichtet ist, von seinen 320 Stellplätzen schon zwei Drittel dauerhaft als Kurzzeitstellplätze für den öffentlichen Verkehr bereitzuhalten und das andere als Stellplätze für die Anleger zur Verfügung zu stellen. Das heißt, dass die Menschen im Umfeld einen direkten Nutzen haben. Dieses Parkhaus erfüllt damit zentrale Funktionen für die Innenstadt, für den Verkehr, für den Einzelhandel und auch für die umliegenden Nutzungen. Die vorgeschlagene Reservierung ausschließlich für Anwohner und Stadtmobil, das würde in ein funktionierendes System eingreifen und würde auch die Verfügbarkeit von Kurzzeitparkplätzen einschränken, und das, finde ich, gefährdet dann auch die ausgewogene Nutzung für das Umfeld und für die Öffentlichkeit.

Hinzu kommt, dass Anwohner und Carsharing auch schon heute bestehende Möglichkeiten haben, Stellplätze anzumieten, und daher besteht schon heute die Möglichkeit, es mehr in Anspruch zu nehmen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Verwaltung und lehnen den Ergänzungsantrag ab.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Wir werden auch der unveränderten Vorlage zustimmen, auch weil wir zu so einem späten Zeitpunkt jetzt nicht denken, dass wir da noch mal nachverhandeln müssen. Wir sehen es relativ ähnlich, wie die Kollegin Schütz gerade ausgeführt hat, dass man schon relativ großzügig im Fordern ist von dem, was in diesem Parkhaus geschehen soll, und denken, dass wenn wir das Thema Parken und Anwohnerparken in diesem Bereich anschauen, dass wir das grundsätzlicher diskutieren müssen und jetzt nicht ad hoc an so einem Punkt hier, der auch rechtlich etwas komplex ist, jetzt durchsetzen müssen.

**Bürgermeisterin Luczak-Schwarz:** Mir ist einfach noch mal wichtig, dass ich darauf hinweise, dass die 25 Prozent, die wir verhandelt haben, der Beschluss aus den Zielen des IQ-Leitprojekts sind. Das ist die Vorgabe, mit der wir ins Rennen gegangen sind. Das ist mir wichtig, und die sind ausverhandelt. Wenn wir jetzt noch mal neu einsteigen müssen, müssten wir noch mal mit allen 13 verhandeln, und alle 13 müssten einer Erhöhung der Quote zustimmen. Insofern, das ist ein sehr komplexes Verfahren gewesen. Wir sind schon seit mehreren Jahren dran. Sie können sich vorstellen, das geht nicht innerhalb von einem Jahr, diese ganzen Ausverhandlungen. Deswegen ist unsere Empfehlung, bitte die Vorlage so zu beschließen, wie wir sie eingebracht haben.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Noch ganz kurz. Dort gibt es bereits 13 Carsharing-Fahrzeuge. Davon wären neun im Moment zu buchen. Also ich sehe hier nicht, dass jetzt ein Mangel an Angebot da ist, und darum werden wir der unveränderten Vorlage zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abarbeitung. Ich rufe auf den Änderungsantrag der GRÜNEN und bitte um Ihr Votum ab jetzt.

Ich rufe damit auf die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung und bitte um Ihr Votum. Na, jetzt bin ich zu schnell. Ab jetzt. – Das ist eine einstimmige Zustimmung. Vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
7. April 2026